

## Cybersicherheit und Rollenwandel

### Eine rollentheoretische Diskursanalyse der transatlantischen Cybersicherheitspolitik im Lichte des NSA-Skandals

Wolf J. Schünemann · Sebastian Harnisch · Stefan Artmann

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

**Zusammenfassung** Die USA haben durch die Enthüllungen von Edward Snowden weltweit einen Ansehensverlust erlitten. Dies gilt auch in den Gesellschaften verbündeter Staaten. Und doch ist es auf dem Feld der Cybersicherheitspolitik nicht zu einem Wandel des Kooperationsverhaltens gekommen. Der Aufsatz erklärt die Beobachtung mit der Kontinuität von Rollenzuschreibungen durch verbündete Regierungen. Hierzu wird eine rollentheoretische Diskursanalyse von Regierungsdiskursen in den USA und den Partnerstaaten Deutschland und Großbritannien durchgeführt. Lässt sich darin ein „Snowden-Effekt“ beobachten? Und wie wirkt sich dieser auf längerfristige Rollenerwartungen aus? Die Untersuchung verknüpft die rollentheoretische IB-Forschung mit einer Kombination von quantitativen und qualitativen Instrumenten der Diskursanalyse. Ausgangsannahme ist, dass die USA in den vergangenen Jahrzehnten der Internetentwicklung das Rollenset des Treuhänders eingenommen haben. Darin enthalten sind die Rollen des Basic Service Provider, des Ideenstrukturgebers und Beschützers. Die Untersuchung zeigt, dass sich hinsichtlich keiner dieser Rollen eine veritable Kontestation durch Regierungsakteure und folglich auch kein Rollenwandel der USA in der internationalen Cybersicherheitspolitik im Besonderen und der Internet Governance im Allgemeinen ergeben hat. Der diskursanalytische Vergleich offenbart dennoch aufschlussreiche Differenzen.

---

W. J. Schünemann (✉)  
Universität Hildesheim, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim, Deutschland  
E-Mail: [wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de](mailto:wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de)

S. Harnisch  
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg, Deutschland  
E-Mail: [sebastian.harnisch@ipw.uni-heidelberg.de](mailto:sebastian.harnisch@ipw.uni-heidelberg.de)

S. Artmann  
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Heidelberg,  
Plöck 22, 69117 Heidelberg, Deutschland  
E-Mail: [stefan.artmann@lpb.bwl.de](mailto:stefan.artmann@lpb.bwl.de)

## Cyber security and role change

A role-theoretical discourse analysis of international cyber security politics after the NSA-Scandal

**Abstract** The US' loss of reputation due to the Snowden-revelations did not lead to a change in cooperative behaviour in cybersecurity politics. This article explains this by pointing out the continuity in role attribution by allied governments and thereby links role theoretical IR-research with quantitative and qualitative instruments from discourse analysis. The US, as “basic service provider”, “idea-structure provider”, and “protector”, have adopted the role-set of a “custodian” during the decades of the evolution of the internet. This paper shows that these roles never saw veritable contestation by government actors. Hence, no change in the US' role in international cybersecurity politics and internet governance took place.

The Internet would not exist if it were not for the US Government. It helped to create the Internet, and has been an excellent steward for it since its creation over 25 years ago. It funded the necessary research, made sure the community had the responsibility for its operation, and insulated it to a very great extent from bureaucratic obstacles and commercial matters so that it could evolve dynamically. (Kahn 1998)

### 1 Einleitung

Die Enthüllungen geheimdienstlicher Massenüberwachung durch den Whistleblower Edward Snowden im Jahr 2013 haben das internationale Ansehen der USA schwer beschädigt. Meinungsumfragen zeigen, dass die gemessenen Reputationsverluste in Westeuropa besonders deutlich ausgeprägt waren (Pew Research Center 2014, S. 4, 92–95). Die enthüllten Praktiken der Massenüberwachung stehen in Konflikt mit den Erwartungen vieler, auch verbündeter Gesellschaften und Regierungen nach Schutz ihrer Souveränitäts- bzw. Bürgerrechte. Die alte politische Frage: „Quis custodiet ipsos custodes?“<sup>1</sup>, wird für das Internet als politischen Raum daher neu gestellt.

Der öffentlichen Empörung steht die Kontinuität sicherheitspolitischer und geheimdienstlicher Kooperation der USA mit verbündeten Staaten in Europa gegenüber. Die rhetorische Distanzierung von den USA hat offensichtlich keine Veränderung des politischen Kooperationsverhaltens bewirkt (Bendiek 2015, S. 335, 341). Die Scheindiskussion über ein deutsches No-Spy-Abkommen mit den USA kann dafür als Beispiel dienen (Goetz et al. 2015). Die Reform des BND-Gesetzes vom Oktober 2016 hat deutlich vor Augen geführt, dass auch im Hinblick auf den Austausch von Geheimdienstinformationen mit ausländischen Partnern die im Rahmen der Snowden-Affäre enthüllten und umstrittenen Praktiken, nicht etwa erschwert oder verhindert, sondern im Wesentlichen legalisiert worden sind (Bäcker 2016; Papier 2016; Wetzling 2016). Zuletzt hat spätestens der Abschlussbericht des NSA-Untersuchungsausschusses, der im Juni 2017 der Öffentlichkeit präsentiert wur-

<sup>1</sup> „Wer wacht über die Wächter?“ (Juvenal, Satire, VI, 347–8).

de, zutage gefördert, wie tief der Bundesnachrichtendienst selbst in die kritisierten Überwachungspraktiken verstrickt gewesen war (Deutscher Bundestag 2017).

Die wissenschaftliche Literatur zu den netzpolitischen Konsequenzen der Snowden-Enthüllungen lässt bislang im Wesentlichen drei Strömungen erkennen. Die erste besteht aus überwiegend rechtswissenschaftlichen Bewertungen der Zulässigkeit geheimdienstlicher Überwachungspraktiken durch die Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten einschließlich Deutschlands (Cornelius 2015; Froomkin 2015; Guldner 2014; Papier 2016; Schmid 2014) sowie potentiellen völkerrechtlichen Bewältigungsstrategien (Fischer Lescano 2014; Schaar 2015) und Perspektiven transatlantischer Zusammenarbeit (Bendiek 2015; Cole et al. 2017; Lucke und Stahl 2016). Vornehmlich in der Politikwissenschaft boten die Enthüllungen und die politischen Reaktionen darauf gute empirische Beispiele für eine zweite Strömung, die den in der netzpolitischen Sicherheitsforschung ohnehin dominanten Sekuritisierungsansatz (Hansen und Nissenbaum 2009) auf die enthüllten Praktiken der Massenüberwachung und den politischen Umgang damit angewandt haben (beispielhaft Schulze 2015). Schließlich steht an dritter Stelle eine Strömung, die die evidente Kluft zwischen gesellschaftlicher und (sicherheits-)politischer Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen, ja geradezu ihre „paradoxen Effekte“ thematisiert (Harnisch und Schünemann 2015, S. 193–195; Dimmroth und Schünemann 2017; Dworkin 2015; Steiger et al. 2017; Wahl-Jorgensen et al. 2017). Bislang konnten allerdings nur eingeschränkt plausible Erklärungsansätze für die ausbleibenden politischen Maßnahmen, die zugleich im Widerspruch zur öffentlichen und medialen Empörung standen, gegeben werden.

Die vorliegende Untersuchung kann hierfür eine erste Erklärung bieten, indem sie sich auf die Regierungsdiskurse der USA und zweier Bündnispartner beschränkt. Sie untersucht also jene Bereiche, die die vermeintliche Opposition zwischen Enthüllungen und Reaktionen enthalten. Hierfür kombiniert sie eine rollentheoretische Perspektive auf die internationale Sicherheitskooperation mit diskursanalytischen Verfahren zur Untersuchung von Politikprozessen zu einer rollentheoretischen Diskursanalyse. Ein stabiles Rollenverhältnis in den transatlantischen Beziehungen, das die domestischen Policy-Prozesse überlagert, kann als Erklärung für Kontinuität in der sicherheitspolitischen Kooperation herangezogen werden.

Tatsächlich spricht die kontinuierliche Kooperation für ein stabiles Rollenverhältnis zwischen den USA und ihren Verbündeten, das auf einer langen Tradition sicherheitspolitischer Zusammenarbeit beruht. Da die Snowden-Enthüllungen aber angesichts des Ausmaßes der öffentlichen Aufmerksamkeit und gesellschaftlichen Empörung und aufgrund legitimatorischer Notwendigkeit klar als disruptives Ereignis auf Regierungsakteure in den beobachteten Staaten gewirkt haben, sind die Effekte der Ereignisse und ihre diskursiven Bewältigungen gründlich zu untersuchen.

In unserer Studie gehen wir mehrdimensional vergleichend vor. Die Analyse der Regierungsdiskurse in den drei untersuchten Fällen erfolgt jeweils für die zwei Jahre nach den Snowden-Enthüllungen im Vergleich zu den entsprechend abgebildeten Diskursen in den zwei Jahren davor. Zunächst stoßen wir mithilfe eines automatisierten, korpusanalytischen Vergleichs auf sehr unterschiedliche diskursive Effekte der Snowden-Enthüllungen. Die Differenz reicht so weit, dass im britischen Dis-

kurs ein signifikanter Snowden-Effekt nicht festzustellen ist. Deshalb konzentrieren wir uns auf der zweiten Stufe, bei der qualitativen Untersuchung, der rollentheoretisch inspirierten Diskursanalyse, auf die Regierungsdiskurse in den USA und in Deutschland.

Im folgenden Abschn. 2 werden zunächst die rollen- und diskurstheoretischen Grundlagen für die Analyse nationaler Rollenkonzeptionen und -kontestation gelegt. Wir fokussieren auf die Abweichungen und Unterschiede in der regierungsseitigen Rechtfertigung der eigenen Rolleneinnahmen bzw. der Rollen der USA. In Abschn. 3 begründen wir die Fallauswahl und beschreiben das Forschungsdesign. Abschn. 4 enthält die vergleichende Korpusanalyse. In Abschn. 5 folgt die qualitative Analyse ausgewählter Textsequenzen. Im letzten Abschnitt ziehen wir eine kurze Bilanz und geben einen Ausblick auf die zukünftige Forschungsagenda in diesem Bereich.

## 2 Rollentheoretische Diskursanalyse

### 2.1 Rollentheorie und Cyberspace – das Rollenset des Treuhänders und seine Kontestation

Die Rollentheorie, ursprünglich von George H. Mead in den 1930er Jahren für die Soziologie entwickelt, fand 1970 durch den Beitrag K.J. Holstis „National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy“ ihre Übertragung in den Forschungsbereich der Internationalen Beziehungen (für eine Übersicht vgl. etwa Breuning 2017).

Innerhalb der Rollentheorie nehmen Akteure unterschiedliche Rollen wahr. Rollen werden hierbei als soziale Positionen verstanden, die der Erfüllung einer Funktion innerhalb einer Gruppe oder Sozialstruktur dienen und über einen Zeitraum hinweg Bestand haben. Rollen konstituieren und aktualisieren sich aus dem Zusammenspiel von Eigen- (Ego) und Fremderwartungen (Alter) (Harnisch 2015, S. 89). Egoerwartungen an die Rolle speisen sich aus der individuellen Vorstellung des Akteurs heraus, wie die Rolle ausgestaltet sein sollte. Altererwartungen sind die implizit oder explizit herangetragenen Forderungen an die Rollenausgestaltung durch Andere (Harnisch 2011, S. 8). Jene Anderen können hierbei entweder vom Akteur selbst antizipiert werden, die sogenannten generalisierten Anderen, oder sich auf einen oder mehrere bestimmte andere Akteure beziehen (signifikante Andere). Rollen sind hierbei streng von Identitäten zu unterscheiden. Während jene Selbstzuschreibungen darstellen, starr und exklusiv sind, sind Rollen wandelbar, relational, für eine Dauer bestimmt und können plural auftreten. (Harnisch et al. 2011, S. 9 ff.).

Außenpolitische Rollen werden durch die Eigenerwartungen an den und Fremderwartungen gegenüber dem Funktionsträger konstituiert. Sie wirken verhaltensregulierend, indem die temporäre Übernahme von Aufgaben im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft oder einer Staatengruppe (z. B. NATO) durch gegenseitiges Einverständnis ermöglicht wird (Harnisch 2011, S. 8). Die jeweilige Rolle und die Einnahme einer kommensurablen Gegenrolle – Beschützer und Beschützter – werden nur dann akzeptiert, wenn das Gruppenziel und die damit verbundene funktionale Übernahme von Einzelaufgaben von den jeweiligen Rollenträgern als legitim angesehen werden (Thies 2012).

Als soziale Konstruktionen entfalten Rollen daher eine strukturierende Wirkung erst durch die Einnahme entsprechender (kommensurabler) Gegenrollen. Rollenanfechtungen oder Kontestationen hingegen führen zu abweichendem Rollenverhalten und (im Extremfall) zur Transformation von Sozialstrukturen, bspw. internationalen Institutionen. Rollenkonflikte, jene die durch divergierende Ego- und Altererwartungen, aber auch solche, die durch die Einnahme inkompatibler Rollen durch einen Akteur (Protagonist staatlicher Souveränität und des Panarabismus) zustande kommen können (Barnett 1993), bilden neben Lernprozessen (Harnisch 2012) die wichtigsten Mechanismen sozialstrukturellen Wandels in der Rollentheorie (Cantir und Kaarbo 2016).

Im Unterschied zum strukturellen Konstruktivismus von Wendt (1999), der von drei idealtypischen Rollen, Freund, Rivale, Gegner, ausgeht, konstatieren Rollentheoretiker empirisch eine Vielzahl von Einzelrollen (Thies 2013), die Rollensets oder Rollenkomposita, wie Großmachtrollen oder Führungsrollen, in unterschiedlichen Ausprägungen ausbilden, welche über ihre Relationalität (bspw. die kooperative oder konfliktive Bezogenheit), weniger aber ihre Anzahl oder materielle Machtausstattung die jeweilige internationale Sozialstruktur bestimmen (Baumann 2014).

Rollentheoretische Konzepte können die Entwicklung des Cyberspace als politischem Raum besonders gut erfassen, denn im Kontrast zum materiellen Raum bedarf der virtuelle Raum der ständigen Aufrechterhaltung durch soziale Akteure, u. a. durch Anbieter und Systemadministratoren (Deibert 2012, S. 3). Zudem beruhen die Existenz und Funktionalität des „Netzwerks der Netzwerke“ auf der verbindlichen Vereinbarung von technischen und politischen Regeln zur Bestimmung u. a. von Standards und Protokollen, der Zuweisung von IP-Adressblöcken und Domainnamen. Die Schaffung, Verteilung, Weiterentwicklung und Bewahrung dieser kritischen Ressourcen des Internets bedarf auf der einen Seite einer verwaltenden Institution, auf der anderen Seite aber auch der Anerkennung der Verwaltungsfunktion durch alle beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure. Während die Verwaltungsinstanz nicht in Besitz oder in die Position der alleinigen Kontrolle über die kritischen Ressourcen gelangen soll, steigen die Erwartungen an eine stetige, sichere und uneingeschränkte Funktionalität und Operabilität des Netzes, je wichtiger die gemeinsame Ressource für die Wirtschaft und das Wohlergehen der Beteiligten wird (Hathaway und Savage 2012).

Aus dieser theoretischen Perspektive betrachtet, verwundert es nicht, dass die dynamische Entwicklung des Internets durch die grundsätzliche Auseinandersetzung darüber begleitet wurde, inwiefern die Schaffung und Sicherung dieses neuartigen Kommunikationsraums eher auf Grundlage des Souveränitätsprinzips und damit durch nationale Regierungen im Rahmen intergouvernementaler Kooperation geregelt werden oder als Aufgabe zur Herstellung eines globalen Gemeinguts, als *res communis* oder *global commons*, durch eine unabhängige, neben- oder übergeordnete Instanz geführt werden könne (Hofmann 2015; Hollis 2012, S. 7–8).

Die grundlegende Annahme des Beitrags mit Blick auf den Gegenstand der Untersuchung ist, dass die USA im Cyberspace eine Sonderrolle spielen, die sich zum einen aus der Internetentwicklung selbst, zum anderen aus der weltpolitischen Sonderstellung der USA allgemein und vor allem in der Sicherheitspolitik speist („Command of the Commons“, Posen 2003). Da diese Sonderrolle verschiedene

**Tab. 1** Darstellung Rollenset

Rollenset Treuhänder		
Basic Service Provider	Ideenstrukturgeber	Beschützer
Internetarchitektur	Web of the Free	Gewährleistung von Netzwerksicherheit
Einfluss auf Protokolle und Standards	Erfindung in den USA	Detektion von Cyberangriffen
Verwaltung der kritischen Ressourcen (IANA)	Dominanz US-amerikanischer Internetunternehmen	Bekämpfung von Cyberkriminalität und -terrorismus Überwachung und Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus in der Offlinewelt

Quelle: eigene Darstellung

Dimensionen der Internet Governance berührt, ist genauer von einem Rollenset zu sprechen, das die USA gegenüber anderen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren eingenommen haben. Dieses Rollenset bezeichnen wir als „Treuhänder“ (s. Tab. 1). Mit diesem Begriff greifen wir die Selbstzuschreibung der frühen Internet Community auf (Deibert 2012, S. 4; Mueller 2012, S. 2), die die Verwaltung der kritischen Ressourcen des Internets bewusst staatsfern organisierte und zunächst selbst vornahm, um sie dann an ein Non-Profit-Unternehmen, die „Internet Corporation for Assigned Names and Numbers“ (ICANN) zu übertragen. In der Bestellung ihrer zentralen Aufgaben zur Verwaltung der kritischen Ressourcen des Internets (sog. IANA-Funktionen<sup>2</sup>) stand die ICANN bis ins Jahr 2016 unter der Aufsicht des US-Handelsministeriums.<sup>3</sup> Damit knüpft die Bezeichnung auch an die Debatte um die „US Stewardship-Funktion“ im Cyberspace (Deibert 2012; Mueller 2012; Hollis 2012) und die kürzlich abgeschlossene Transition der IANA-Funktionen an.

Erst im März 2014 leitete die zuständige US National Telecommunications & Information Administration (NTIA) die IANA-Transition ein (Kleinwächter 2015b). Im Juni 2016 stimmte die NTIA dem von ICANN erarbeiteten Plan (ICG 2016) im „IANA Stewardship Transition Proposal“ (NTIA 2016) zu. Im September 2016 wurde die IANA-Transition vollzogen, indem die IANA-Funktionen in das neu entworfene Multistakeholder-Modell überführt wurden.

Die IANA-Transition hat vordergründig nichts mit den aufgedeckten Spionagetätigkeiten zu tun. Und doch werden die beiden Bereiche von vielen Beobachtern kausal verknüpft:

The Obama administration, looking to placate other governments after the Edward Snowden disclosures in 2013 about U. S. surveillance, said it would end this American exceptionalism. Surveillance is unrelated to Internet governance,

<sup>2</sup> IANA steht für Internet Assigned Numbers Authority. Im Wesentlichen geht es dabei um die autoritative Verwaltung der kritischen Internetressourcen, nämlich der Allokation von IP-Adressräumen sowie des Domain-Name-Systems.

<sup>3</sup> Zum Konzept des Vertrauens in den internationalen Beziehungen s. auch den Literaturbericht von Brugger et al. (2013).

but the White House thought it would be an easy concession. (Crovitz 2015; s. auch Mueller 2017, S. 101–103)

Diese Verbindung gilt jedoch nicht nur für die US-Perspektive. Auch international beeinflussten die Enthüllungen die Erwartungen hinsichtlich einer Neudefinition der Internet Governance, wie sich etwa an der NetMundial ablesen lässt, eine von Brasilien und den I\*-Organisationen<sup>4</sup> ins Leben gerufene Initiative, die sich mit Internet Governance-Themen beschäftigt. Ihre entscheidende Triebfeder bildeten die Snowden-Enthüllungen und die dadurch hervorgerufene Empörung (Mueller et al. 2014, S. 1; Washington Post 2014).

Ogleich die US-Regierung offiziell einen Zusammenhang zwischen den Snowden-Enthüllungen und der IANA-Transition bestreitet (Segal 2016, S. 219; Politico 2014), zeichnet sich durch den überraschenden Zeitpunkt der Erklärung – kein Jahr nach den ersten Veröffentlichungen des Guardian und der Washington Post, in einer Zeit anhaltender weiterer Enthüllungen sowie einen Monat vor der NetMundial-Konferenz – indes ein anderes Bild. Die Entscheidung der USA kann und muss daher vielmehr als Schritt gesehen werden „to temper the international reaction“ (Fontaine 2014, S. 5; s. auch Carr 2016, S. 145; Independent 2014; Trinkunas und Wallace 2015, S. 31). Zumindest bis zur IANA-Transition haben die USA also eine konstitutive Bedeutung für die basale Funktionsfähigkeit des Internets gehabt. Wir beschreiben diese Rolle als *Basic Service Provider*.

Doch damit ist die Sonderrolle der USA, das Rollenset des Treuhänders, keineswegs erschöpfend beschrieben. Unser Verständnis des Steward (s. etwa Deibert 2012, S. 4) wie auch unsere Konzeption des Treuhänders gehen über eine enge Administrationsfunktion und den sog. „Mikrokosmos“ der Internet Governance (Kleinwächter 2015a) hinaus und schließen Aufgaben jenseits der Gewährleistung der Basisoperabilität ein. Auch die Politikfelder im „Marokkosmos“ der Internet Governance (ebd.) oder die „internet public policies“ nach Mueller (2010) sind durch die Sonderrolle der USA geprägt. Jenseits der Verwaltungsfunktion für die kritischen Internetressourcen, die als Erbe der Entwicklergeneration unter die Aufsicht durch die US-Exekutive geriet, sichern auch jüngere Generationen organisch entwickelter Internetinstitutionen („organically developed internet institutions“, Mueller 2010), also vor allem die global führenden Internetunternehmen, den USA eine besondere Stellung in der Sozialstruktur internationaler Internet Governance. Die USA sind deshalb zudem *Ideenstrukturgeber*. In dieser Rolle propagieren die US-Regierungen einen freien Fluss von Informationen, geistigem Eigentum und Dienstleistungen im Cyberspace. Damit weisen sie dem Internet eine weltgesellschaftliche Bedeutung als „Web of the Free“ (Shiffrin und Silberschatz 2005) zu. Diese Haltung ist zunächst aus dem explosionsartigen Wachstum einer Cybermarktökonomie hervorgegangen, in der andere Staaten und Bürger die Rolle als Konsumenten einnahmen, und US-Internetfirmen und US-basierte soziale Netzwerke reüssierten. Das übergeordnete Narrativ kommt in einem viel beachteten New York Times-Artikel mit dem entsprechenden Titel („Web of the Free“) aus dem Jahr 2005 gut zum Ausdruck:

<sup>4</sup> Die I\*-Organisationen, gesprochen „eye-star“ stehen für die fünf Internet-Organisationen ICANN, der Internet Engineering Task Force, der Internet Society und die Internet Address Registries.

The Internet has become an integral part of the global economy, in large part because the United States has also provided the genius of our technology to other societies that use it to benefit themselves, including in doing business and competing with the United States. (...) American values caused the Internet to emerge and evolve as a medium of freedom. (...) the string attached to its creation by America is that it must be used within a context of freedom, both economic and political (New York Times, 23.10.2005).

Drittens haben US-Regierungen – neben dem Ausbau des Internets zu einem global genutzten Massenmedium in der Zeit der Clinton-Administration (White House 2000) – eine wachsende Anzahl von Schutzfunktionen im Internet übernommen, die u. a. dem Auf- und Ausbau von Fähigkeiten zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Kraftwerke, Staudämme etc.), der Bekämpfung von terroristischen und kriminellen Aktivitäten sowie der Durchführung bzw. Abwehr von operativen Cyberangriffen dienen. Für diese Rolle als Beschützer ist insbesondere der Austausch von Geheimdienstinformationen mit verbündeten Staaten essentiell.

Durch unsere Begriffswahl grenzen wir uns theoretisch und methodisch bewusst von Zuschreibungen einer US-Hegemonialrolle (Carr 2015; Mueller 2010, S. 240 ff., 2012, S. 7) ab, weil diese zu stark mit einer politischen Bewertung konnotiert scheint. Im Umkehrschluss ist unsere funktionale Bezeichnung als Treuhänder nicht in affirmativer Weise zu verstehen.

Entscheidend für unsere Analyse der Veränderung des US-Treuhänderrollensets im Zuge der NSA-Affäre ist nun, inwiefern sich die Rollenerwartungen und Rollenzuweisungen zwischen den drei Einzelrollen verändert haben. Konkret steht in Frage, inwiefern die Verfolgung eigenstaatlicher Interessen bei der Ausspähung fremder Bürger im Zuge der Schutzfunktion aus Sicht der verbündeten Regierung der Übernahme gemeinnütziger Funktionen entgegensteht. So könnten verbündete Regierungen innerstaatliche Kritik an der Ausspähung nutzen, um gegenüber der US-Regierung mit Hinweis auf die „hohen innenpolitischen Kosten“ Zugeständnisse zu erreichen. Schwerwiegender noch: Sollte sich erweisen, dass die betreffende verbündete Regierung selbst Teil des US-Ausspähungsprozesses gegenüber den eigenen Bürgern gewesen ist, dann könnte die Aufdeckung eines solchen „Regierungskomplots“ zu Lasten der Bürger die Integrität der Regierung im Verbund mit der US-Regierung beschädigen.

Unser Fokus auf das spezifische Rollenset der USA und die potentiellen Veränderungen darin bringt mit sich, dass wir die je eigenen Rollen der ausgewählten Anderen, also Deutschlands und Großbritanniens, nicht detailliert behandeln können. Vielmehr gehen wir davon aus, dass diese im hier definierten Bereich der Cybersicherheit kommensurable Gegenrollen in Abhängigkeit zum US-Treuhänderrollenset eingenommen haben. Ein hier zu untersuchender Wandel des Treuhänder-Rollensets würde mithin Rollenadjustierungen der Verbündeten nach sich ziehen.

## 2.2 Zugänge der Diskursanalyse

Aus sozialkonstruktivistischer Perspektive gehen wir in dieser Untersuchung davon aus, dass soziale Wirklichkeit, einschließlich handlungsleitender Überzeugungen, Werte und Selbstverständnisse, sozial konstruiert ist. Soziale Konstruktionen entstehen, prozessieren und transformieren sich in und durch Diskurse und Praktiken. Auch politische Überzeugungen, wie sie in der diskursorientierten Policy-Forschung eine Rolle spielen (Sabatier 1988) und Rollenkonzeptionen, die strukturierende Wirkung für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen haben (Harnisch 2011), sind Elemente gesellschaftlicher Wissensvorräte (Berger und Luckmann 1969, S. 43; Keller 2008, S. 43), die in Diskursen und Praktiken prozessieren und immer wieder neu verhandelt werden. Es kann vor diesem Hintergrund als gemeinsame grundlegende Annahme von Wissenssoziologie und Diskurstheorie gelten, dass ein politischer Verhaltenswandel i. d. R. mit Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Diskurse einhergeht, mehr noch: dass diese Veränderungen jenen wenn nicht immer identifizierbar zeitlich, so doch konstitutionslogisch vorgeordnet sind. Dies gilt insbesondere in demokratischen Gemeinwesen, in denen Regierungshandeln der widerkehrenden, zumeist sprachförmigen Legitimierung bedarf, ohne dass Rollen dadurch essenzialisiert werden sollten. Es ist eben diese Erkenntnis, die in diskursorientierten Ansätzen der Policy-Forschung in unterschiedlicher Weise abgebildet ist (Hajer 2002; Sabatier 1988). Gerade in Zeiten öffentlicher Empörung sind Entscheidungsträger in Demokratien dazu gezwungen, politisches Handeln oder das Ausbleiben desselben öffentlich zu rechtfertigen, sich diskursiv zu einem in der Öffentlichkeit behandelten Thema zu verhalten. Denn die Sprache „ist das Hauptinstrument jeder Art von Legitimation“ (Berger und Luckmann 1969, S. XV, 69). Daraus folgt für unseren Gegenstand, dass – freilich auf unterschiedlichem Erregungsniveau – auch für die untersuchten Regierungsdiskurse Spuren von Kontestation und Akzeptanz bezüglich transatlantischer Rollenkonzeptionen zu erwarten sind, welche die bereits vollzogenen Rollentransformationen erklären, künftige ankündigen oder das Ausbleiben anderer begründen können. Diskursive Verschiebungen nationaler Rollenkonzeptionen, von Selbst- und Fremdzuschreibungen, bilden also gewissermaßen eine notwendige (wenngleich nicht hinreichende) Bedingung für Rollenwandel.

Einen empirischen Zugang zu Rollenselbstzuschreibungen und Rollenfremdzuschreibungen, zu Rollenakzeptanz und -kontestation bieten Verfahren der Diskursanalyse. Zunächst begegnen wir der Herausforderung, große Textkorpora in systematischer, handhabbarer und effizienter Weise zu erschließen, mit den Mitteln der Korpuslinguistik (McEnery et al. 2006). Diese bietet einen quantitativen Instrumentensatz sowie verschiedene Suchfunktionen zum Text-Mining, d.h. zur Untersuchung von Kommunikationszusammenhängen auf diskursive Muster. Der automatisierte Ansatz mag zunächst in einer Spannung zu Ansätzen qualitativer Diskursforschung stehen. Tatsächlich aber lässt sich auch die qualitative Interpretationsarbeit durch korpuslinguistische Verfahren vorstrukturieren. In diesem dienenden Sinn verstehen wir die Korpusanalyse in diesem Beitrag und setzen sie entsprechend ein.

Im ersten Schritt geht es uns um die Feststellung eines *Snowden-Effekts* in den zu untersuchenden Diskursen. Eine basale quantitative Operation der Korpusanalyse ist die Bestimmung von Schlüsselwörtern. Dabei wird ermittelt, welche Wörter in

einem bestimmten Korpus eine signifikant große Häufigkeit gegenüber einem Referenzkorpus aufweisen. Wir sind im konkreten Fall an diskursiven Veränderungen im Nachgang eines einschneidenden Ereignisses, den Snowden-Enthüllungen, interessiert. Dementsprechend haben wir das jeweilige Gesamtkorpus in ein Subkorpus vor Snowden und eines nach Snowden geteilt. Für die Untersuchungen des Effekts der Enthüllungen auf das Korpus nach Snowden bildet dasjenige aus den Vorjahren ein besonders gut geeignetes Referenzkorpus.<sup>5</sup> Indem wir thematisch gleiche, mit derselben Suchheuristik gebildete Subkorpora miteinander vergleichen, können wir eine große Zahl von Auffälligkeiten feststellen, die tatsächlich auf das einschneidende Ereignis zurückzuführen sind. Wir können auf diese Weise also ermitteln, ob sich ein *Snowden-Effekt* ausmachen lässt und worin dieser gegebenenfalls besteht. Der gemessene Effekt ist notwendig, aber nicht hinreichend für Rollenwandel.

Im zweiten Schritt analysieren wir die identifizierten Effekte gründlicher und qualitativ auf rollenbezogene Veränderungen. Die weiteren qualitativen Analysen ausgewählter Textstellen orientieren sich an der im Forschungsprogramm der „Wissenssoziologischen Diskursanalyse“ (WDA) vorgesehenen interpretativen Analytik. Mit der WDA entscheiden wir uns für einen offeneren Ansatz, der per se kein kausales Modell für das Zustandekommen von policies bereithält, aber sich gerade dadurch als anschlussfähiger an die Rollentheorie erweist als bekanntere Diskursansätze in der Policy-Forschung. Sabatiers *Advocacy Coalitions Framework* (ACF, Sabatier 1988) bietet etwa ein an Diskursen orientiertes Erklärungsschema an, wie in Konfliktsituationen Veränderungen in den sog. „belief systems“ über Politik-Lernen und die Neukonfiguration von *Advocacy-Koalitionen* zu *Policy-Veränderungen* führen können. Hajer (2002) weist der Diskurstheorie in seinem argumentativen Modell von Politikprozessen einen zentraleren Platz an. An die Stelle akteursspezifischer Glaubenssysteme treten in diesem Ansatz diskursgenerierte Storylines, aus denen ein Politikwandel abgeleitet werden kann. Die WDA unterstellt dem Politikprozess keine entsprechenden Mechanismen, sondern geht grundlegend von differenter gesellschaftlichen Wissensbeständen und Interpretationsrepertoires aus (s. oben). Zu diesen Repertoires gehören auch die diskursiv verhandelten Rollenkonzeptionen. Selbst- und Fremdzuschreibungen manifestieren sich mithin in Deutungsmustern (Keller 2008, S. 240). Das Deutungsmuster knüpft in sozialkonstruktivistischer Tradition an die Sinnkonstruktion sozialer Akteure unmittelbar an. Vereinfacht ausgedrückt, müssen soziale Akteure, einschließlich Regierungsakteuren, konfrontiert mit Informationen, entscheiden, worum es sich bei dem Sachverhalt handelt, eine Deutung vornehmen, um daraus eine angemessene Handlung abzuleiten (vgl. dazu auch grundlegend Goffman 1980). In unserem Fall stellt sich bspw. die Frage, ob die enthüllten Überwachungsmaßnahmen als unzulässige Spionage und Vertrauensbruch oder als legitime Erfüllung einer Schutzfunktion und Zeugnis gelungener Geheimdienstkooperation verstanden werden, abstrakt gesprochen: inwieweit sie mit den Rollenzuschreibungen im Rahmen des Rollensets Treuhänder vereinbar sind.

<sup>5</sup> Da der Erhebungszeitpunkt für die Regierungsdokumente vor den Snowden-Enthüllungen ebenfalls nach den eigentlichen Enthüllungen liegt, gehen wir davon aus, dass die Regierungsstellen keine nachträglichen Anpassungen oder Löschungen vorgenommen haben bzw. solche Modifikationen nicht in einem solchen Ausmaß erfolgt sind, dass unsere umfangreichen Dokumentenkorpora dadurch verfälscht würden.

## 3 Fallauswahl und Forschungsdesign

### 3.1 Fallauswahl

Wandel oder Bestand des US-amerikanischen Treuhänderrollensets im Cyberspace werden durch Eigen- und Fremderwartungen bestimmt: zum einen von nationalen, i. e. innergesellschaftlichen, Rollenkonzeptionen, zum anderen durch externe Erwartungen und die Übernahme von Gegenrollen durch sog. „signifikante Andere“. Wir untersuchen hier den US-amerikanischen Regierungsdiskurs und jene in zwei verbündeten Staaten, Deutschland und Großbritannien. Die beiden Partnerländer nehmen in der internationalen (Cyber-)Sicherheitspolitik traditionell unterschiedliche Rollen ein. Zudem verfügen beide über divergente strategische Kulturen und beide Staaten und Gesellschaften zeigen unterschiedliche Einstellungsprofile zum Datenschutz auf. Deutlicher noch werden die Unterschiede in der internationalen Geheimdienstkooperation: Beide US-Verbündete sind zwar auf die Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Geheimdiensten angewiesen, aber nur die Dienste des Vereinigten Königreichs, insbesondere das „Government Communications Headquarter“ (GCHQ), gehören zum speziellen und privilegierten Verbundsystem unter US-Führung, den sog. „Five Eyes“ (Svendsen 2010).

### 3.2 Rollenerwartungen und Rollenunterschiede

In unserer Untersuchung gehen wir von folgenden Annahmen aus: Ein Rollenwandel lässt sich, sei es durch Verschiebung der Eigenerwartungen auf Seiten der USA, sei es durch verstärkte Rollenkontestation auf Seiten der Verbündeten, nur dann nachweisen, wenn sich in den untersuchten Diskursen Spuren dafür auffinden lassen. Um gewandelte Konzeption oder Kontestation feststellen zu können, müssen verschiedene Messzeiträume unterschieden und voneinander abgegrenzt werden, so dass Variation der jeweiligen Erwartungen über die Zeit als Indiz für Rollenwandel gewertet werden kann. Diese Studie setzt die Schwelle für einen potentiellen Rollenwandel mit den ersten Enthüllungen durch Edward Snowden im Juni 2013 an und endet zwei Jahre später im Juni 2015.

Weiterhin nehmen wir an, dass wir neben der zeitlichen Variation in den diskursiven Mustern auch Unterschiede in der funktionalen Zuweisung der drei Einzelrollen erkennen können. Zwischen den beiden ausgewählten Verbündeten, Deutschland und Großbritannien, erwarten wir substantielle Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Werthaltungen und Praktiken im Rahmen internationaler Geheimdienstpartnerschaft, die durch die divergenten Einstellungen zum Datenschutz und unterschiedlich hohe Salienz des Themas in den nationalen Öffentlichkeiten noch verstärkt werden.

### 3.3 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte für alle drei Fälle mithilfe einer einheitlichen Suchheuristik. Die Vergleichskorpora beinhalten öffentlich zugängliche Dokumente der Exekutiven sowie der handlungsleitenden Einrichtungen. Für das Politikfeld Cybersicherheit wurden in einem weiten Zugriff jeweils sechs bis sieben Ministerien

pro Untersuchungsland identifiziert sowie eine Reihe von Nachrichtendiensten und Ermittlungsbehörden.

Der Untersuchungszeitraum umfasst insgesamt vier Jahre, nämlich zwei Jahre vor den Snowden-Enthüllungen (01.06.2011–31.05.2013) und zwei Jahre danach (01.06.2013–31.05.2015). Die Textdatenerhebung erfolgte über die Websites der jeweiligen Akteure. Die Erhebung geschah für das deutsche und britische Korpus manuell über die jeweiligen Suchmasken der Seiten und wurde für das amerikanische Korpus mit Hilfe einer an die Websites und den Suchbegriffen angepassten semi-automatischen Crawlertechnik durchgeführt. Der Einsatz eines automatisierten Verfahrens war aufgrund der besonders großen Zahl relevanter Dokumente, die von den US-Regierungsstellen online veröffentlicht worden waren nötig.

Die Korporaerstellung erfolgte mittels einer Schlagwortsuche unter Zuhilfenahme des von Costas Gabrielatos (2007) entwickelten Verfahrens der „relative query term relevance“ (RQTR). Hierbei werden zunächst anhand intuitiv gewählter Suchwörter (sogenannter „Seeds“) Testkorpora erstellt, um anschließend deren Relevanz zu überprüfen sowie gegebenenfalls weitere relevante Suchwörter zu identifizieren. Für Großbritannien und die USA waren die Seeds „Cyberattack“ und „Cybersecurity“

**Tab. 2** Datenerhebung und Dokumentenauswahl

	USA	UK	Deutschland
<i>Akteur</i>	Exekutive	Exekutive	Exekutive
<i>Zeitraum</i>	Juni 2013–Juni 2015	Juni 2013–Juni 2015	Juni 2013–Juni 2015
<i>Suchwörter</i>	Cybersecurity; cyber security; cyber-security; cyberattack; cyber attack; cyber-attack	Cybersecurity; cyber security; cyber-security; cyberattack; cyber attack; cyber-attack	Cybersicherheit; cybersicherheit; cyberangriff; cyber-angriff, Stuxnet, Cern
<i>Analyse</i>	Crawlergestützt; RQTR	RQTR	RQTR
<i>Korpusumfang</i>	2.037 Dokumente	281 Dokumente	238 Dokumente
	7.482.676 Word Tokens	1.235.576 Word Tokens	1.050.234 Word Tokens
	60.532 Word Types	23.495 Word Types	72.749 Word Types
<i>Quellen:</i>	White House; Dept. of Commerce; Dept. of Homeland Security; Dept. of Defense; Dept. of Justice; Dept. of State; NSA; CIA; FBI; Strategic Command	Her Majesty's Government; Cabinet Office; Department for Business Innovation & Skills; Home Office; Ministry of Defence; Department for Culture; Media and Sports; National Crime Agency; Office of Cyber Security and Information Assurance; MI 5; MI 6; Government Communications Headquarter; Centre for the Protection of National Infrastructure	Bundesregierung/ Bundeskanzleramt; das Auswärtige Amt; Bundesministerium des Inneren; der Verteidigung; der Justiz; für Verkehr und digitale Infrastruktur; für Wirtschaft; Bundesbeauftragten für den Datenschutz; Bundesnachrichtendienst; Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik; Bundeskriminalamt; Bundesamt für Verfassungsschutz; Militärische Abschirmdienst; Cybersicherheitsrat; Cyber-Abwehrzentrum

Quelle: eigene Darstellung

und für Deutschland die deutschen Übersetzungen „Cyberangriff“ und „Cybersicherheit“ – jeweils unter Berücksichtigung verschiedener Schreibweisen. Wir haben uns für Seeds im Feld Cybersicherheit entschieden, weil dieses als Politikfeld vor Snowden etabliert war und dieses Feld ausreichend diskursive und regulatorische Praxis bereithielt. Demgegenüber sind der Name Snowden, Geheimdienste und ihre Bezeichnungen oder auch Datenschutz als alternative Seeds zu eng mit den Enthüllungen und ihrer unmittelbaren Bewältigung verknüpft, um aussagekräftige Ergebnisse des Vorher-Nachher-Vergleichs zu erzielen. Auch die RQTR-Analyse bestätigte die Tauglichkeit der eingegangenen Seeds und konnte exklusiv für das deutschsprachige Korpus zusätzlich noch die Suchwörter „Stuxnet“ und „CERT“ (Cyber Emergency Response Team) ergänzen. Für die englischsprachigen Korpora ergaben sich keine weiteren, relevanten Suchwörter.

Tab. 2 zeigt eine Auflistung der auf diese Weise gesammelten Dokumente. Die erhebliche Differenz zwischen den relevanten Regierungsdokumenten für die USA gegenüber den europäischen Partnern lässt sich durch Unterschiede in den bürokratischen Strukturen, die Veröffentlichungspraxis für Regierungsdokumente sowie die besondere Bedeutung des Themas Cybersicherheit in der US-amerikanischen Politik erklären.

#### 4 Keyword-Analyse

Um eine basale Veränderung der Diskurse in der zeitlichen Dimension zu ermitteln, haben wir durch Anwendung korpuslinguistischer Verfahren jeweils Keyword-Listen für die Regierungsdiskurse nach den Snowden-Enthüllungen erstellt. Als Referenzkorpora dienten uns die entsprechend gebildeten Korpora für die zwei Jahre zuvor. Zur Erklärung und Kodierung der gelisteten Keywords haben wir uns für jeden Fall die ersten 500 Schlüsselwörter ausgeben lassen und sie jeweils durch zwei Personen unabhängig kodiert, später die Ergebnisse zusammengeführt. Tab. 3 zeigt die für den Gegenstand nach Kontextprüfung als relevant erkannten Ergebnisse im internationalen Vergleich an, wobei die Ziffer in Klammern jeweils den Rang in der Ergebnisliste wiedergibt.

Die Ergebnisse weisen eine klare Differenz der nationalen Diskurse auf. Zunächst zeigt sich, dass für den britischen Fall kein *Snowden-Effekt* zu beobachten ist. Die Snowden-Enthüllungen werden darin, gemessen an den Ergebnissen der Schlüsselwortanalyse, geradezu verschwiegen. Relevante Keywords sind allenfalls „cybercrime“ und „crime-fighting“. Beide Wörter sind in diesem Feld von so grundlegender und allgemeiner Bedeutung, dass ihr Aufscheinen nicht durch den NSA-Skandal zu erklären ist. Das Wort „Snowden“ taucht im gesamten britischen Korpus lediglich sieben Mal auf. Die wenigen Fundstellen deuten auf die Zuweisung einer Täterrolle an Snowden und die britische Teilhabe an der internationalen Beschützerrolle der USA hin. Entsprechend zeigen sie eher die explizite Verurteilung der Snowden-Enthüllungen (vgl. etwa Home Office 2014), denn offizielle Kritik oder auch nur Enttäuschung über die US-Überwachungspraktiken. Großbritannien erfüllt damit nicht die notwendige Bedingung für eine Kontestation der US-amerikanischen Rolle und fällt damit für die weitere Analyse heraus. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen,

**Tab. 3** Ergebnisse der Keyword-Analyse Regierungsdiskurse (nach Snowden/vor Snowden) im Ländervergleich (USA/Deutschland/Vereinigtes Königreich)

USA	Snowden (14), Multistakeholder (29), court-authorized (101), permissible (127), cyber-crime (166), apologize (167), indiscriminately (183), wiretap (211), revelation (282), patriot (300), surveil (412)	NSA-Affäre wird behandelt, eigene Rolle teilweise gerechtfertigt
Deutschland	Privatsphäre (1), Edward (2), Snowden (3), Enthüllung (4), NSA (13), PRISM (14), informationell (16), Datenschutzstandard (39), Datenschutzgrundverordnung (40), Privatheit (53), GCHQ (56). Überwachungsprogramm (62), Sonderauswertung (67), NSA-Affäre (73), Internetknoten (135), [safe] harbor (137), Ausspähung (159), big (160), EU-Bürger (267), Xkeyscore (330), Safe-Harbor-Abkommen (392), Massenüberwachung (432)	NSA-Affäre wird intensiv behandelt, hohe Datenschutzsensibilität sichtbar
UK	Cyber-crime (145), crime-fighting (234)	NSA-Affäre wird nicht behandelt, allg. Bezüge zu Cyberkriminalität

Quelle: eigene Darstellung, Datenverarbeitung mit SketchEngine

dass wir ausschließlich den Regierungsdiskurs analysieren. Demgegenüber hat es in der Zivilgesellschaft sowie insbesondere in den Medien – allen voran der *Guardian* war an den Snowden-Enthüllungen beteiligt und wurde in der Folge zum Gegenstand und Akteur in einer nationalen Debatte um die Pressefreiheit – offene Empörung und zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Überwachungstätigkeit sowie die Krisenbewältigung durch die britische Regierung gegeben. Allerdings zeigt etwa Steiger (2017), dass darüber hinaus im Hinblick auf die Arbeit des international in die Kritik geratenen britischen Auslandsgeheimdienstes GCHQ keinerlei offene oder auch verdeckte Kontestation der Rolle, sondern Kontinuität anknüpfend an ein historisches Selbst zu beobachten gewesen ist.

Demgegenüber lässt die Ergebnisliste für den deutschen Fall eine intensive Diskussion mit expliziten Bezügen zur Snowden-Affäre erkennen. Offensichtlich stoßen die Enthüllungen hier auf eine ausgeprägte Datenschutzsensibilität, so dass Wörter wie „Privatsphäre“, „informationell“[e Selbstbestimmung], „Datenschutzstandards“, und „Datenschutzgrundverordnung“ hoch platziert sind. Auch finden sich viele Begrifflichkeiten und Bezüge auf die Snowden-Enthüllungen.

Für die USA fällt das Ergebnis im Vergleich gemischt aus. Zwar werden die Snowden-Enthüllungen mit eindeutigen Bezügen behandelt. Allerdings klingt die Sorge um Privatsphäre und Datenschutz hier nicht an. Vielmehr lassen viele Fundstellen auf partiell rechtfertigende Aussagepraxis schließen: „court-authorized“, „permissible“, „patriot“ [Act] (vgl. Bendiek 2015, S. 341). Hinsichtlich der Person und der Enthüllungen Edward Snowdens drehte sich die Diskussion weniger um die Frage nach der Legitimität der Geheimdienstpraktiken, denn um die Illegalität der Taten Snowdens (NBC 2014).

## 5 Qualitative Analyse

In einem weiteren (Zwischen-)Schritt haben wir die Datenkorpora qualitativ untersucht. Orientiert an der Grounded-Theory-Methodologie (GTM) und unter Einsatz der GTM-basierten Software zur qualitativen Datenanalyse MaxQDA haben wir daraufhin die Korpora für die Deutschland und die USA nach den Snowden-Enthüllungen untersucht. Im Folgenden werden die Ergebnisse entlang der Differenzierung des Rollensets dargestellt.

### 5.1 Basic Service Provider

#### 5.1.1 USA

Die Rolle des Basic Service Provider ist im US-amerikanischen Diskurs in einer klaren Funktionszuschreibung innerhalb der Staatengemeinschaft erkennbar: So spricht Präsident Obama davon, dass „Consumer and privacy advocates also want to make sure that America keeps leading the world in technology and innovation and apps“ (White House 2015). In dem Selbstverständnis kommen Status und Anspruch einer technologischen Führerschaft zum Ausdruck, insbesondere wenn es um innovative Entwicklungsfelder geht, wie der damalige US-Präsident Obama es 2013 im „Presidential Memorandum“ betont: „[a] combination of American entrepreneurship and innovation, private investment, and smart policy has positioned the United States as the global leader in wireless broadband technologies“ (White House 2013a).

Mit Blick auf die kritischen Ressourcen wird die Rolle prospektiv begrenzt. Die US-Regierung betont wiederkehrend ihre Bereitschaft die besondere US-Rolle zu verändern und die bisherige alleinige Verantwortlichkeit für die IANA-Funktionen in die Hände Vieler zu überführen. Diese Bereitschaft zur Transformation der US-Rolle ist jedoch bedingt und nicht vollständig ergebnisoffen, denn mit dem Angebot der US-Regierung geht auch die Artikulation klarer Vorstellungen einher, etwa wie die zukünftige Zusammensetzung für die Kontrolle der IANA-Funktionen aussehen soll:

The current US role is an artifact of the early history of the Internet, and may not be well suited to the broader set of stakeholders engaged in Internet governance today. The US Government and its allies, however, should continue to oppose shifting governance of the Internet to a forum, such as the International Telecommunications Union, where nation-states dominate the process, often to the exclusion of others (White House 2013b, S. 213).

#### 5.1.2 Deutschland

Von deutscher Seite gibt es hinsichtlich der US-Rolle als Basic Service Provider überwiegend anerkennende und zustimmende Aussagen. Ein widerkehrendes Deutungsmuster ist allenfalls eine ökonomische Rivalität, wie sie etwa in einer Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier während des Transatlantischen Cyber-Dialogs zu finden ist:

Wissen Sie, was die wertvollsten deutschen Marken sind? Klar: Mercedes, BMW, Siemens. Wissen Sie, was sie gemeinsam haben? Sie sind alle über hundert Jahre alt. Wissen Sie, was die wertvollsten amerikanischen Marken sind? Apple, Google, Microsoft. Und was haben die gemeinsam? Sie sind alle unter 40! [...] Deutschland braucht eine neue Gründerzeit, und dafür haben wir große Synergien mit Amerika (Bundesregierung 2014).

Eine Infragestellung der US-Rolle lässt sich allenfalls dann konstatieren, wenn technologische Souveränität für Deutschland und/oder Europa gefordert wird. Dies geschieht vielfach aufbauend auf einem Narrativ, mit dem die technologische und/oder ökonomische Vorherrschaft der USA in diesem Feld erklärt wird. BfV-Präsident Maaßen formuliert dies auf der „Potsdamer Konferenz für Nationale CyberSicherheit“ mit den Worten:

Wir Europäer müssen auch wieder ein Stück Souveränität im Cyberraum zurückgewinnen. Das Internet ist amerikanisch und von den USA werden die Regeln für das Internet vorgegeben. (...) Wir haben dem kaum etwas entgegenzusetzen. Wir haben bewusst hingenommen, dass der Cyberraum ein Raum amerikanischer Vorherrschaft wurde.<sup>6</sup> (BfV und Maaßen 2014).

Entsprechende Hoffnungen und Forderungen nach einem „deutschen oder europäischen Internet“, „technologischer Souveränität“ oder einer Stärkung der nationalen Internetwirtschaft transportieren den prinzipiellen Wunsch nach Gleichrangigkeit in einer derzeit asymmetrischen Ordnung. Konkrete konzeptionelle und technische Vorstellungen oder gar politische Maßnahmen sind damit aber noch nicht verbunden.

## 5.2 Ideenstrukturegeber

### 5.2.1 USA

Zeigt sich die US-Regierung bereit zum Wandel hinsichtlich der kritischen Ressourcen, so sind Änderungen bei den Selbstzuschreibungen im Sinne des Ideenstrukturegebers nicht zu erkennen. Gerade die Übertragung der IANA-Funktionen wird mit der Forderung nach Wahrung der Grundordnung des Netzes: „prosperity, security, and openness of online communications“ verknüpft (White House 2013b, S. 213).

Grundlage für die genauere Bestimmung dieser Forderung und die entsprechenden Politiken bildet dabei die US-amerikanische Interpretation dieser Werte. Diese soll laut eines Reports des International Security Advisory Board auch in Zukunft verbreitet, abweichende Praktiken entlarvt werden:

The United States should seek to gain agreement on normative behaviors in a continuing broad-based effort, and expose attempts to regulate Internet governance and increase control of cyberspace, particularly content, in the name of social control (Department of State 2014a, S. 15).

<sup>6</sup> Ähnliche Stellungnahmen in Bundesregierung und Maizière 2014; Bundesministerium des Innern (2013a).

Die Obama-Administration ist sich hierbei durchaus der Herausforderung bewusst, dass die Enthüllungen Snowdens auch zu einem Konflikt über die Rolle der USA als Ideenstrukturgeber geführt haben. „[U]nrestrained American surveillance of non-United States persons might alienate other nations, fracture the unity of the Internet, and undermine the free flow of information across national boundaries“ (White House 2013b, S. 155). Die Anerkennung dieses Rollenkonflikts – zwischen Eigen- und Fremderwartungen – hat aber bislang zu keinen verbindlichen bi- oder multilateralen Beschränkungen geführt, sondern allenfalls mündliche Zusagen gegenüber einzelnen Regierungen und Regierungsvertretern nach sich gezogen:

Ich [Barack Obama] muss und darf diese Beziehung nicht durch solche Überwachungsmechanismen beschädigen, die möglicherweise dann diese vertrauensvolle Kommunikation verhindern würden. Ich kann Ihnen sagen, solange ich Präsident der USA bin, wird die deutsche Kanzlerin sich keine Sorgen machen müssen. (ZDF 2014, S. 5)

### 5.2.2 Deutschland

Eine Kontestation ist im deutschen Fall zu erwarten, weil hier der *Snowden-Effekt* deutlich stärker zu beobachten ist und dieser sich durch die intensive Diskussion in den Feldern von Privatsphäre und Datenschutz niedergeschlagen hat. Dennoch wird innerhalb der deutschen Exekutive die gemeinsame Wertebasis mit den USA betont, worin sich die fortwährende Akzeptanz der normativen Prägung der Internetentwicklung durch die USA ausdrückt. Auch der besonders sensible und zwischen den USA und Europa in den vergangenen Jahren nach den Snowden-Enthüllungen sehr kontrovers diskutierte Datenschutz wird in diesen gemeinsamen Wertekanon integriert und soll sowohl im Hinblick auf geheimdienstliche Überwachungspraktiken als auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle führender Internetunternehmen verteidigt werden, wie in einer Rede des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier beim Transatlantischen Cyber-Dialog deutlich wird: „Wir brauchen ein offenes, freies und sicheres, weltweites Netzwerk. Und wir brauchen weltweite Regeln, die unsere Grundrechte, die Privatsphäre und Datenschutz in diesem Netzwerk sicherstellen“ (Auswärtiges Amt 2014a). Zwar spricht der Außenminister hier die entscheidende Kontroverse zwischen den Partnern an, aber im Hinblick auf die Internetregulierung wird explizit an der wertebasierten, anerkanntermaßen asymmetrischen Partnerschaft festgehalten. So heißt es weiter:

„Auch wenn das viele zunächst widersprüchlich finden werden: Um diese Regeln aufzustellen und durchzusetzen, brauchen wir die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die transatlantische Zusammenarbeit ist Voraussetzung für eine Digitalisierung, die auf demokratischen Werten und Grundrechten fußt.“ (Auswärtiges Amt 2014a).

Die gemeinsame liberaldemokratische Wertebasis mit den USA wird gerade gegenüber autokratischen Regimen hervorgehoben. Damit schließen die entsprechenden Aussagen erkennbar an eine übergeordnete Klassifikation des Westens oder der demokratischen Welt an. So stellt etwa Bundesaußenminister Steinmeier in einer Rede zum Thema klar:

Die Vision von einem freien, offenen und sicheren Internet teilen beileibe nicht alle auf dieser Welt. Eine autoritäre Regierung sieht in einem freien und offenen Internet eine Bedrohung ihrer Macht. Wir aber sehen in einem freien und offenen Internet Chancen! Chancen für Teilhabe, Wissen, Fortschritt und Demokratie. Diese Auffassung – davon bin ich überzeugt – teilen wir Deutsche auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika, und deshalb glaube ich – trotz aller Meinungsverschiedenheiten –, dass uns mehr verbindet als uns trennt (Auswärtiges Amt 2014b).

### 5.3 Beschützer

#### 5.3.1 USA

Die US-Regierung deutet ihre Rolle als Beschützer im Cyberspace für die Nation selbst wie auch für verbündete Staaten unverändert, wie FBI Direktor James B. Comey verdeutlicht:

We remain focused on defending the United States against terrorism, foreign intelligence, and cyber threats; upholding and enforcing the criminal laws of the United States; protecting privacy, civil rights, and civil liberties; and providing leadership and criminal justice services to federal, state, municipal, and international agencies and partners (FBI 2014; vgl. auch Department of Justice 2014, Section III S. 24).

Diese Schutzfunktion rechtfertigt aus ihrer Sicht auch den Einsatz besonderer Maßnahmen. So wird wiederholt darauf verwiesen, dass es unumgänglich sei, auch auf Überwachung zurückzugreifen: „The collection of signals intelligence is necessary for the United States to advance its national security and foreign policy interests and to protect its citizens and the citizens of its allies and partners from harm“ (White House 2014a). Dabei ist sich die US-Regierung der Widerstände in der eigenen Bevölkerung wie international bewusst:

The challenge was, and remains, how to obtain information without compromising other values, including the freedoms that Americans, and citizens of many other nations, hold most dear (White House 2013b, S. 73).

Vor diesem Hintergrund sind rechtfertigende Aussagen zu verstehen, wie sie etwa US-Präsident Obama machte:

The bottom line is that people around the world, regardless of their nationality, should know that the United States is not spying on ordinary people who don't threaten our national security, and that we take their privacy concerns into account in our policies and procedures (White House 2014b; vgl. auch FBI 2014).

Auch dient das Deutungsmuster von Geheimdienstarbeit gleichsam als „business as usual“, das von den meisten anderen Staaten ebenso betrieben würde, ebenfalls der Rechtfertigung. Damit verbunden, wird die Subjektposition der USA in den

internationalen Beziehungen um eine Opferrolle erweitert. Zudem scheint die basale Klassifikation in Freund-Feind auf:

The United States is hardly alone in collecting such intelligence. Most nations collect intelligence, often limited only by their ability and resources. Indeed, the United States is an intelligence collection target of many nations, including friendly and even allied countries. The President's own communications are a collection target for many nations, friendly and otherwise (White House 2013b, S. 166).

### 5.3.2 *Deutschland*

Für den deutschen Fall zeigen unsere Befunde deutlich, dass die Kritik der Bundesregierung an den enthüllten Praktiken der NSA-Massenüberwachung nicht mit einer offenen Herausforderung der US-amerikanischen Beschützerrolle einhergeht. Im Gegenteil: Wir können zeigen, dass die Abhängigkeit von Informationen US-amerikanischer Geheimdienste sowie von anderen internationalen Partnern von der Bundesregierung offen eingestanden wird. So wird die Güterabwägung zwischen der Schutzfunktion durch die USA und die ungezügelte Massenüberwachung zu einem wichtigen Instrument der Rechtfertigung der weiterhin kooperativen Rolleneinnahme gegenüber den USA. In den Worten des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

Der Verfassungsschutz profitiert von den Erkenntnissen, die er im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit erhält, auch von der NSA. (...) Die vertrauensvolle Zusammenarbeit ist unabdingbar, denken wir beispielsweise an den islamistischen Terrorismus. Die USA und ihre Verbündeten brauchen einander auch im Cyberraum (BfV und Maaßen 2014).

Auch seitens der Bundesregierung wird die Abhängigkeit von US-amerikanischen Geheimdienstinformationen offen eingestanden. Gerade im Hinblick auf die Terrorabwehr seien die USA ein „für uns unerlässlicher Partner“ (Bundesministerium des Innern 2013b).

## 6 Fazit

Die zwischenstaatlichen Beziehungen, die Funktionsübernahme, inkl. Anerkennung und/oder Herausforderung derselben, lassen sich mit den Mitteln der Rollentheorie beschreiben. Konkret hat uns die Rollentheorie eine Differenzierung verschiedener Rollen in einem Rollenset (genannt Treuhänder) für die USA gestattet, weil für die unterschiedenen Teilrollen durchaus unterschiedliche Muster von Akzeptanz und Kontestation nach den Enthüllungen über geheimdienstliche Massenüberwachung durch die NSA und die Geheimdienste ihrer Partnerstaaten zu erwarten waren. In der empirischen Analyse haben wir dann die Effekte der Snowden-Enthüllungen auf die Regierungsdiskurse in den USA und zweier verbündeter europäischer Staaten (Deutschland und das Vereinigte Königreich) vergleichend untersucht. In einem

ersten Analyseschritt (einer korpuslinguistischen, sprich: quantitativen Schlüsselwortanalyse) haben wir zeigen können, dass es einen *Snowden-Effekt* auf die untersuchten Regierungsdiskurse in zwei von drei Fällen gegeben hat, allerdings mit sehr unterschiedlicher Ausprägung. Auf Basis dieser Erkenntnis haben wir den britischen Fall für die folgende qualitative Untersuchung ausgeklammert, weil sich kein Effekt der Snowden-Enthüllungen erkennen ließ. Die qualitative Analyse hat entgegen den Erwartungen gezeigt, dass auch im deutschen Regierungsdiskurs keine wirkliche Anfechtung des Treuhänderrollensets und der drei Teilrollen stattfindet. Differenziert man diesen Befund, so zeigt sich lediglich, dass die US-Regierung ihre Eigenerwartungen bzgl. der Basic Service Provider-Funktion verändern. Ob diese potentielle Gewährung von mehr Mitspracherechten für andere Akteure einen direkten Bezug zum Reputationsverlust der US-Regierung hat, lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen, einige Indizien sprechen aber für diese Annahme. Die Rolle des Ideenstrukturgebers wird von allen drei Regierungen mit unterschiedlicher Emphase unterstützt. Die Ausweitung der Schutzfunktion der US-Regierung, die in vielen Teilen der deutschen Gesellschaft und in den Medien als Vertrauensmissbrauch gedeutet wurde, wird im US-Diskurs weitgehend unverändert propagiert und aktiv gerechtfertigt. Gleiches gilt für das Vereinigte Königreich. Die Bundesregierung kritisiert die Ausweitung der Schutzfunktion, kooperiert aber weiterhin aktiv und rechtfertigt diese Haltung mit dem aus der Kooperation erwachsenden Mehrwert für den Schutz der Bundesrepublik. Im Ergebnis lässt sich kein Wandel der Sozialstruktur im Cyberspace aufgrund der Kontestation des Treuhänders ausmachen.

Gerade der letzte Befund deckt sich mit den Beobachtungen auf der Handlungsebene. Abgesehen von diplomatischen Absichtserklärungen und der auf die restriktive Rechtsprechung einiger US-Gerichten erfolgten Beschränkung der Gesetzesgrundlagen für die geheimdienstliche Telekommunikationsüberwachung (CRS 2015a, 2015b) hat sich in den Bereichen internationaler Cybersicherheit und Cyberespionage augenscheinlich an den Praktiken der US-Sicherheitsdienste wenig geändert. Mehr noch: Der im Juni 2017 veröffentlichte Abschlussbericht des NSA-Untersuchungsausschusses hat eine stärkere Beteiligung deutscher Nachrichtendienste sowie eigene Aktivitäten der Auslandsüberwachung aufgedeckt, die die Glaubwürdigkeit kritischer Regierungsstimmen als Reaktion auf die Snowden-Enthüllungen nachträglich beschädigen (Deutscher Bundestag 2017).

Lässt sich also keine Änderung außen- und sicherheitspolitischen Verhaltens befördernder Rollenwandel feststellen, so hat die vergleichende Untersuchung doch aufschlussreiche Ähnlichkeiten und Divergenzen zwischen den nationalen Regierungsdiskursen aufgezeigt. Aus den jeweiligen Rollenzuschreibungen lassen sich die diskursiven Bewältigungsstrategien zur medial vermittelten Snowden-Affäre gut erklären. Beschränkt auf die Regierungsdiskurse, wirft die Untersuchung eine unmittelbare Anschlussfrage auf. Wie unterscheiden sich die Rollenzuschreibungen in gesellschaftlichen Diskursen in Reaktion auf die Enthüllungen des Whistleblowers von den vorliegenden Untersuchungsergebnissen für die Regierungsdiskurse? Ein solcher Vergleich kann an diese Befunde anschließen und die Analyse und Bewertung der diskursiven Kluft zwischen Öffentlichkeit und Regierungsdiskursen und damit eines potentiellen Legitimitätsproblems nationaler Cybersicherheitspolitiken vornehmen.

Ferner werden weitere Untersuchungen ans Licht bringen müssen, ob und wie sich die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen langfristig in einem sich stark verändernden internationalen System wandeln und welchen Einfluss diese Entwicklungen auf die Rollenverhältnisse zwischen den USA und ihren Verbündeten auf dem Feld der Cybersicherheit haben werden. Hierbei sollte auch ein Seitenblick zur angelagerten Thematik des Datenschutzes getan werden, denn auf diesem Feld kann die EU aufgrund ihrer Marktmacht auf Augenhöhe mit den USA antreten und als internationale Normunternehmerin wirken (vgl. Schönemann 2019 i. E.). Die im Mai 2018 verbindlich gewordene EU-Datenschutzgrundverordnung und ihr Entstehungsprozess, der nicht zuletzt auch von den Snowden-Enthüllungen angetrieben wurde, sind ein gutes Beispiel dafür. Schließlich sind auch im sicherheitspolitischen Kontext die Erosion gemeinsamer Werte, die sinkende Bereitschaft zur Aufrechterhaltung einer Sicherheitsgarantie für die europäischen Verbündeten durch die USA sowie die mögliche Restitution von Staatlichkeit in der Internet Governance gerade in Reaktion auf Cybersicherheitsbedrohungen dazu geeignet, die USA als Treuhänder künftig infrage zu stellen.

## Literatur

- Auswärtiges Amt. 2014a. Sicherheit und Freiheit im digitalen Zeitalter. Beitrag von Außenminister Frank-Walter Steinmeier zur Eröffnung des Transatlantischen Cyber-Dialogs. *Handelsblatt*, 27.06.2014. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2014/140627-BM\\_Hbl.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2014/140627-BM_Hbl.html). Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Auswärtiges Amt. 2014b. Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim „Global Media Forum“ der Deutschen Welle am 01. Juli 2014 in Bonn. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140701\\_BM\\_GMF.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140701_BM_GMF.html). Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Bäcker, Matthias. 2016. Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes. Deutscher Bundestag. <http://www.bundestag.de/blob/459630/1ddfe2451c0fd067872976d0f0467882/18-4-653-g-data.pdf>. Zugegriffen: 18. Febr. 2017.
- Barnett, Michael. 1993. Institutions, roles, and disorder: the case of the Arab state system. *International Studies Quarterly* 37(3):271–296.
- Baumann, Max-Otto. 2014. *Humanitäre Interventionen: Struktureller Wandel in der internationalen Politik durch Staateninteraktion*. Baden-Baden: Nomos.
- Bendiek, Annegret. 2015. Am Ende werden Gerichte entscheiden!: Die Streitigkeiten um Datensicherheit und Datenschutz in der transatlantischen Partnerschaft. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8(3):335–345.
- Berger, Peter L., und Thomas Luckmann. 1969. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt, Main: Fischer.
- BfV, und Hans-Georg Maaßen. 2014. Potsdamer Konferenz für Nationale CyberSicherheit am 19. Mai 2014. Keynote von BfV-Präsident Dr. Hans-Georg Maaßen zum Panel „Cybersicherheit in der transatlantischen Partnerschaft“. <http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/rede-p-potsdamer-cybersicherheitskonferenz-2014>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Breuning, Marijke. 2017. Role theory in foreign policy. Oxford research encyclopedia politics. <http://politics.oxfordre.com/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-334?rkey=nawDMU>. Zugegriffen: 25. Juli 2017.
- Brugger, P., A. Hasenclever, und L. Kasten. 2013. Vertrauen lohnt sich. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 20(2):65–104.
- Bundesministerium des Innern. 2013a. Schutz der Privatsphäre durch vertrauenswürdige Informations- und Kommunikationstechnik. [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/09/runder\\_tisch.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/09/runder_tisch.html). Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Bundesministerium des Innern. 2013b. „Diese Daten helfen uns“. Interview mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich am 30. November 2013. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Interviews/DE/2013/12/bm-saarbruecker-zeitung.html>. Zugegriffen: 1. Sept. 2015.

- Bundesregierung. 2014. Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim Transatlantischen Cyber-Dialog. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140627-BM\\_Cyber\\_Dialog.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140627-BM_Cyber_Dialog.html). Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Bundesregierung, und Thomas de Maizière. 2014. Bulletin der Bundesregierung Nr. 72-1 vom 23. Juni 2014. Schutz - Sicherheit - Vertrauen Auftrag der Politik im digitalen Zeitalter. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Reden/DE/2014/06/dud.html>. Zugegriffen: 4. Febr. 2016.
- Cantir, Cristian, und Julliet Kaarbo. 2016. *Domestic role contestation, foreign policy, and international relations*. New York: Routledge.
- Carr, Madeline. 2015. Power plays in global internet governance. *Millennium – Journal of International Studies* 43(2):640–659.
- Carr, Madeline. 2016. *US power and the internet in international relations. The irony of the Information Age*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Cole, David, Federico Fabbrini, und Stephen Schulhofer (Hrsg.). 2017. *Surveillance, privacy and Transatlantic relations*. London: Bloomsbury.
- Cornelius, Kai. 2015. Im Netz der Geheimdienste – strafrechtliche Aspekte der Massentüberwachung im Internet. *Journal of regulation and self-regulation* 1(1):139–165.
- Crovitz, Gordon L. 2015. Not Obama's to Give Away. *Wall Street Journal*. <http://www.wsj.com/articles/not-obamas-to-give-away-1443386189>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- CRS. 2015a. Legal Sidebar USA FREEDOM Act Reinstates Expired USA PATRIOT Act Provisions but Limits Bulk Collection. <http://www.fas.org/sgp/crs/intel/usaf-rein.pdf>. Zugegriffen: 4. Febr. 2016.
- CRS. 2015b. Overview of constitutional challenges to NSA collection activities. <http://www.fas.org/sgp/crs/intel/R43459.pdf>. Zugegriffen: 9. Sept. 2015.
- Deibert, Ron. 2012. Towards stewardship in Cyberspace. Munk school of global affairs (Cyberdialogue2012: what is stewardship in Cyberspace?). [http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012\\_Deibert.pdf](http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012_Deibert.pdf). Zugegriffen: 12. Jan. 2016.
- Department of Justice. 2014. FY 2014 agency financial report. <http://www.justice.gov/sites/default/files/doj/pages/attachments/2014/11/14/afr-11-14-14.pdf>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Department of State. 2014a. Report on A framework for international cyber stability. <http://www.state.gov/documents/organization/229235.pdf>. Zugegriffen: 4. Febr. 2016.
- Deutscher Bundestag. 2017. Beschlussfassung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Berlin (Drucksache 18/12850). <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/128/1812850.pdf>. Zugegriffen: 25. Juli 2017.
- Dimmroth, Katharina, und Wolf J. Schünemann. 2017. The ambiguous relation between privacy and security in German cyber politics. A discourse analysis of governmental and parliamentary debates. In *Privacy, data protection and Cybersecurity in Europe*, Hrsg. Wolf J. Schünemann, Max-Otto Baumann, 109–125. Berlin: Springer.
- Dworkin, Anthony. 2015. Surveillance, privacy, and security: Europe's confused response to Snowden. European council on foreign relations (policy memo). [http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR123\\_-\\_SURVEILLANCE,\\_PRIVACY+\\_SECURITY\\_\(A.\\_Dworkin\)\\_updated.pdf](http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR123_-_SURVEILLANCE,_PRIVACY+_SECURITY_(A._Dworkin)_updated.pdf). Zugegriffen: 24. Juli 2017.
- FBI. 2014. Testimony. Statement Before the House Judiciary Committee Washington, D.C. <https://www.fbi.gov/news/testimony/oversight-of-the-federal-bureau-of-investigation-6>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- Fischer-Lescano, Andreas. 2014. Der Kampf um die Internetverfassung: Rechtsfragen des Schutzes globaler Kommunikationsstrukturen vor Überwachungsmaßnahmen. *JuristenZeitung* 69(20):965–974.
- Fontaine, Richard. 2014. Bringing liberty online: reenergizing the internet freedom agenda in a post-snowden era: policy brief, Hrsg. Center for a new American security. <https://www.cnas.org/publications/reports/bringing-liberty-online-reenergizing-the-internet-freedom-agenda-in-a-post-snowden-era>. Zugegriffen: 5. Nov. 2018.
- Froomkin, A. Michael. 2015. From Anonymity to Identification. *Journal of regulation and self-regulation* 1(1):121–138.
- Gabrielatos, Costas. 2007. Selecting query terms to build a specialized corpus from a restricted-access database. *ICAME Journal* 31:5–43.
- Goetz, John, Antonius Kempmann, Georg Mascolo, und Bastian Obermayer. 2015. *Wie Berlin vergeblich um ein No-Spy-Abkommen rang*. Süddeutsche Zeitung, 8. Mai 2015: 13, <https://www.sueddeutsche.de/politik/geheimdienstaffaere-wie-berlin-vergeblich-um-ein-no-spy-abkommen-rang-1.2471912>. Zugegriffen: 05.11.2018.
- Goffman, Erving. 1980. *Behavior in public places notes on the social organization of gatherings*. Reprint of the ed. New York 1963. Westport, Conn.: Greenwood Press.

- Guldner, Jan. 2014. Freundschaftsanfrage von der NSA. Wie Geheimdienste die sozialen Netzwerke nutzen – und mit welchen Folgen. *Internationale Politik* 2014:15–19.
- Hajer, Maarten A. 2002. Discourse analysis and the study of policy making. *European Political Science* 2(1):61–65.
- Hansen, Lene, and Helen Nissenbaum. 2009. Digital disaster, cyber security, and the Copenhagen school. *International Studies Quarterly* 53(4):1155–1175.
- Harnisch, Sebastian. 2011. Role theory: operationalization of key concepts. In *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses*, Hrsg. Sebastian Harnisch, Cornelia Frank, and Hanns W. Maull, 7–15. New York: Routledge.
- Harnisch, Sebastian. 2012. Conceptualizing in the minefield: role theory and foreign policy learning. *Foreign Policy Analysis* 8:47–71.
- Harnisch, Sebastian. 2015. Deutschlands Rolle in der Libyenintervention: Führung, Gefolgschaft und das angebliche Versagen der Regierung Merkel. In *Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung*, Hrsg. Marianne Kneuer, 85–122. Baden-Baden: Nomos.
- Harnisch, Sebastian, and Wolf J. Schünemann. 2015. Thesen zur Netzpolitik. Sechs Thesen und einige Tendenzen. *Journal of regulation and self-regulation* 1(1):185–205.
- Harnisch, Sebastian, Cornelia Frank, and Hanns W. Maull (Hrsg.). 2011. *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses*. New York: Routledge.
- Hathaway, Melissa E., and John E. Savage. 2012. Stewardship of Cyberspace: duties for Internet service providers. Munk school of global affairs (Cyberdialogue2012: what is stewardship in Cyberspace?). [http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012\\_hathaway-savage.pdf](http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012_hathaway-savage.pdf). Zugegriffen: 12. Jan. 2016.
- Hofmann, Jeanette. 2015. Internet Governance: Theoretische und empirische Annäherungen an einen schwer fassbaren Gegenstand. *Journal of Self-Regulation and Regulation* 1(1):31–45.
- Hollis, Duncan B. 2012. Stewardship vs sovereignty?: international law and the apportionment of Cyberspace. Munk school of global affairs (Cyberdialogue2012: what is stewardship in Cyberspace?). [http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012\\_hollis.pdf](http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012_hollis.pdf). Zugegriffen: 12. Jan. 2016.
- Home Office. 2014. Home Secretary's Defence and Security Lecture. Theresa May on privacy, security and the threats we face. <https://www.gov.uk/government/speeches/home-secretarys-defence-and-security-lecture>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- ICG (IANA Stewardship Transition Coordination Group). 2016. Proposal to Transition the Stewardship of the Internet Assigned Numbers Authority (IANA) Functions from the U.S. Commerce Department's National Telecommunications and Information Administration (NTIA) to the Global Multistakeholder Community. <https://www.ic.ann.org/en/system/files/files/iana-stewardship-transition-proposal-10mar16-en.pdf>. Zugegriffen: 18. Juli 2018.
- Independent (Hrsg.). 2014. Edward Snowden: NSA whistleblower's leaks prompt US to make control of internet truly worldwide. <http://www.independent.co.uk/life-style/gadgets-and-tech/news/edward-snowden-nsa-whistleblowers-leaks-prompt-us-to-make-control-of-internet-truly-worldwide-9200578.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- Kahn, Robert E. 1998. Testimony before the subcommittee on basic research of the committee on science on the subject of Internet domain names. <http://www.cnri.reston.va.us/testimony.html> (Erstellt: March). Zugegriffen: 04.2016.
- Keller, Reiner. 2008. *Wissenssoziologische Diskursanalyse Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Kleinwächter, Wolfgang. 2015a. Internet governance outlook 2015: two processes, many venues, four baskets. CircleID. [http://www.circleid.com/posts/20150103\\_internet\\_governance\\_outlook\\_2015\\_2\\_processes\\_many\\_venues\\_4\\_baskets/](http://www.circleid.com/posts/20150103_internet_governance_outlook_2015_2_processes_many_venues_4_baskets/). Zugegriffen: 8. Jan. 2015.
- Kleinwächter, Wolfgang. 2015b. Gibt die US-Regierung die Aufsicht über den Internet Root ab? Internet Governance 2015: Auf dem Weg zu einer Internet Agenda 2025, Hrsg. Telepolis. <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43887/1.html>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- Lucke, Robin, and Bernhard Stahl. 2016. Die transatlantischen Beziehungen am Beispiel der NSA-Affäre und des Ukraine-Konflikts: Im Westen nichts Neues. In *Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas*, Hrsg. Winand Gellner, Patrick Horst, 385–404. Wiesbaden: Springer VS.
- McEnery, Tony, Richard Xiao, and Yukio Tono. 2006. *Corpus-based language studies. An advanced resource book*. London, New York: Routledge (Routledge applied linguistics).
- Mueller, Milton L. 2010. *Networks and states. The global politics of internet governance*. Cambridge: MIT Press. Information revolution and global politics.

- Mueller, Milton L. 2012. Stewardship and the management of Internet protocol addresses. Munk school of global affairs (Cyberdialogue2012: what is stewardship in cyberspace?). [http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012\\_Mueller.pdf](http://www.cyberdialogue.citizenlab.org/wp-content/uploads/2012/2012papers/CyberDialogue2012_Mueller.pdf). Zugegriffen: 12. Jan. 2016.
- Mueller, Milton L. 2017. *Will the Internet fragment? Surveillance, cybersecurity and internet governance*. Cambridge: Polity Press.
- Mueller, Milton L., und Ben Wagner. 2014. Finding a formula for Brazil: representation and legitimacy in Internet governance, Hrsg. Internet policy observatory. [https://www.internetgovernance.org/wp-content/uploads/MiltonBenWPdraft\\_Final.pdf](https://www.internetgovernance.org/wp-content/uploads/MiltonBenWPdraft_Final.pdf). Zugegriffen: 18. Juli 2018.
- NBC (Hrsg.). 2014. NBC news national survey. [http://msnbcmedia.msn.com/i/MSNBC/Sections/A\\_Politics/14353%20May%20NBC%20News%20National%20Survey%20Interview%20Schedule.pdf](http://msnbcmedia.msn.com/i/MSNBC/Sections/A_Politics/14353%20May%20NBC%20News%20National%20Survey%20Interview%20Schedule.pdf). Zugegriffen: 4. Febr. 2016.
- NTIA. 2016. IANA stewardship transition proposal assessment report. [https://www.ntia.doc.gov/files/ntia/publications/iana\\_stewardship\\_transition\\_assessment\\_report.pdf](https://www.ntia.doc.gov/files/ntia/publications/iana_stewardship_transition_assessment_report.pdf). Zugegriffen: 29. Juni 2016.
- Papier, Hans-Jürgen. 2016. Beschränkungen der Telekommunikationsfreiheit durch den BND an Datenaustauschpunkten. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 35(15):1–15.
- Pew Research Center. 2014. Global opposition to U.S. surveillance and drones, but limited Harm to America's image: many in asia worry about conflict with China. <http://www.pewglobal.org/files/2014/07/2014-07-14-Balance-of-Power.pdf>. Zugegriffen: 4. Febr. 2016.
- Politico. 2014. Internet administration in global shift. <http://www.politico.com/story/2014/03/internet-control-commerce-department-nsa-104686>. Zugegriffen: 26. Juni 2016.
- Posen, Barry R. 2003. Command of the commons. The military foundation of U.S. hegemony. *International Security* 28(1):5–46.
- Sabatier, Paul A. 1988. An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. *Policy Sciences* 21:129–168.
- Schaar, Peter. 2015. Globale Überwachung und digitale Souveränität. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8(4):447–459.
- Schmid, G. 2014. Abhören in der Premiumklasse. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 7, 11–21. <https://doi.org/10.1007/s12399-013-0386-4>
- Schulze, Matthias. 2015. Patterns of surveillance legitimization: the German discourse on the NSA scandal. *Surveillance & Society* 13(2):197–217.
- Schünemann, Wolf. 2019 i. E. Business as Usual or Norm Promotion? Divergent Modes and Consequences of Transatlantic Crisis Resilience in Cybersecurity and Data Protection after the Snowden Revelations, in: Harnisch, Sebastian/Thies, Cameron/Friedrichs, Gordon (Hrsg.). *Crisis across the Atlantic? Institutional Resilience and Democratic Decision-making under Pressure*, New York: Routledge.
- Segal, Adam. 2016. *The hacked world order. How nations fight, trade, maneuver, and manipulate in the digital age*. New York: Public Affairs.
- Shiffrin, Mark A. und Avi Silberschatz 2005. Web of the Free. New York Times, 23. Okt. 2005, [http://www.nytimes.com/2005/10/23/opinion/web-of-the-free.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2005/10/23/opinion/web-of-the-free.html?_r=0) (Stand: 4.2.2016).
- Steiger, Stefan. 2017. The unshaken role of GCHQ. The British cybersecurity discourse after the Snowden revelations. In *Privacy, data protection and cybersecurity in Europe*, Hrsg. Wolf J. Schünemann, Max-Otto Baumann, 91–107. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Steiger, Stefan, Wolf J. Schünemann, und Katharina Dimmroth. 2017. Outrage without consequences? Post-Snowden discourses and governmental practice in Germany. *Media and Communication* 5(1):7–16.
- Svendsen, Adam. 2010. *Intelligence cooperation and the war on terror Anglo-American security relations after 9/11*. New York: Routledge.
- Thies, Cameron. 2012. International socialization processes vs. Israeli national role conceptions: can role theory integrate IR theory and foreign policy analysis? *Foreign Policy Analysis* 8(1):25–46.
- Thies, Cameron. 2013. The roles of bipolarity: a role theoretic understanding of the effects of ideas and material factors on the cold war. *International Studies Perspectives* 14:269–288.
- Trinkunas, Harold, und Ian Wallace. 2015. Converging on the future of global internet governance: the United States and Brazil, Hrsg. Foreign Policy at Brookings. <http://www.brookings.edu/research/reports/2015/07/internet-governance-brazil-us-trinkunas-wallace>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- Wahl-Jorgensen, Karin, Lucy Bennett, und Gregory Taylor. 2017. The normalization of surveillance and the invisibility of digital citizenship. Media debates after the Snowden revelations. *International Journal of Communication* 11:23.

- Washington Post (Hrsg.). 2014. ICANN chief: “The whole world is watching” the U.S.’s net neutrality debate, 2014. <https://www.washingtonpost.com/news/the-switch/wp/2014/10/07/internet-operations-chief-snowden-disclosures-make-my-job-easier/>. Zugegriffen: 30. Juni 2016.
- Wendt, Alexander. 1999. *Social theory of international politics*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press (Cambridge studies in international relations, 67).
- Wetzling, Thorsten. 2016. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) sowie weiterer Vorlagen. Deutscher Bundestag. <http://www.bundestag.de/blob/459622/a6a22e212bb9c777028554ed1ba4bbfc/18-4-653-c-data.pdf>. Zugegriffen: 18. Febr. 2017.
- White House. 2000. National plan for information systems protection version 1.0: an invitation to a dialogue. <http://fas.org/irp/offdocs/pdd/CIP-plan.pdf>. Zugegriffen: 4. Sept. 2015.
- White House. 2013a. Presidential Memorandum—Expanding America’s Leadership in Wireless Innovation. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/06/14/presidential-memorandum-expanding-americas-leadership-wireless-innovatio>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- White House. 2013b. Liberty and security in a changing world. Report and recommendations of the president’s review group on intelligence and communications technologies. [https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/2013-12-12\\_rg\\_final\\_report.pdf](https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/2013-12-12_rg_final_report.pdf). Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- White House. 2014a. Presidential policy directive—signals intelligence activities. Presidential policy directive/PPD-28. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/01/17/presidential-policy-directive-signals-intelligence-activities>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- White House. 2014b. Remarks by the president on review of signals intelligence. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/01/17/remarks-president-review-signals-intelligence>. Zugegriffen: 1. Sept. 2015.
- White House. 2015. Remarks by the president at the federal trade commission. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/01/12/remarks-president-federal-trade-commission>. Zugegriffen: 31. Aug. 2015.
- ZDF (Hrsg.). 2014. Wortlaut des Interviews von Claus Kleber mit US-Präsident Barack Obama. zdfheute.de, 18.01.2014: 1–7. [www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/31540842/1/data.pdf](http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/31540842/1/data.pdf). Zugegriffen: 10. Sept. 2015.